



P R E S S E A U S S E N D U N G

Feuerwehren: Rückvergütung der Mehrwertsteuer muss umgesetzt werden!

GVV-Präsident Trummer: „Wir als GVV fordert den Finanzminister dringend auf, hier nicht am falschen Ende zu sparen, nämlich bei der Sicherheit der Menschen!“

Eisenstadt, 18.09.2017 – In der Diskussion um die Rückvergütung der Mehrwertsteuer (MwSt.) für Feuerwehrautos, Gerätschaften und Ausrüstung gibt es weiter keine Bewegung im ÖVP geführten Finanzministerium. Nachdem im Mai dieses Jahres der Präsident des Österreichischen Gemeindebundes und viele Landesverbände, darunter auch der GVV Burgenland, die Anliegen der Feuerwehren unterstützt haben, ist diese Ungleichbehandlung nicht nachvollziehbar. GVV Präsident Erich Trummer: „Die steuerliche Entlastung von 20% ist bei dem Wert eines Feuerwehrautos sehr viel Geld! Es ist absolut nicht einzusehen, dass eine unserer wichtigsten freiwilligen Hilfsorganisationen hier ungerecht behandelt wird. Der Finanzminister spart - wie so oft – an falscher Stelle, diesmal nämlich bei der Sicherheit!“

Fakt ist, dass Österreichs 4.500 Feuerwehren für Geräte und Fahrzeuge, die gesetzlich vorgeschrieben sind, jedes Jahr zwischen 30 und 35 Millionen Euro Mehrwertsteuer entrichten müssen. Für das Rote Kreuz beispielsweise gilt dies aber nicht, da hier zum Beispiel Rettungsfahrzeuge ohne Steuern angeschafft werden können. Der GVV Burgenland unterstützt daher den Zugang des Österreichischen Gemeindebundes, die Organisationen gleich zu behandeln und zwar in der Weise, dass die 20%ige steuerliche Entlastung AUCH für die Feuerwehren, die ihre gesetzlich verordneten Ausrüstung, die per Dekret in der Mindestausrüstungsverordnung vorgeschrieben werden, gelten muss. Die Feuerwehr selbst fordert schon seit längerem eine Rückvergütung der diesbezüglichen Mehrwertsteuer. Wie die Feuerwehren ausgerüstet sein müssen, wird gesetzlich geregelt und hängt unter anderem von der Größe der Gemeinde ab.

GVV Präsident Trummer: „Über die ausgezeichnete Arbeit, die unsere freiwillige Feuerwehr in den Gemeinden erbringt, brauchen wir, so glaube ich, nicht diskutieren! Sie leisten außerdem einen wesentlichen Beitrag zur Sicherheit, wenn wir nur an die vielen Katastropheneinsätze bei Hochwasser, Muren, Sturmschäden usw. denken!“

Bei gesetzlich vorgeschriebenen Feuerwehrfahrzeugen, die mit Abstand teuerste Anschaffung, die ebenso wie Polizei- oder Rettungsautos der Sicherheit dienen, ist nicht nachvollziehbar, dass die Feuerwehren jahrelang Geld sammeln müssen, um sich dieses **Einsatzfahrzeuge plus 20% MwSt.** kaufen zu können.

Trummer: „Es ist auch im Interesse der Gemeinden, dass die Ausrüstung der Feuerwehren um 20% billiger wäre, da im Burgenland die meisten Kommunen beträchtliche finanzielle Zuzahlungen für diese Fahrzeuge und sonstigen Gerätschaften leisten!“

Trummer weiter: „Es ist geradezu lächerlich, dass sich die ÖVP Minister inkl. Herrn Kurz immer als die Sicherheitsexperten in dieser Regierung darstellen und dann, wenn es um konkrete, kleine Maßnahmen geht, wie die Unterstützung der Feuerwehren ihre Verantwortung nicht wahrnehmen, um damit einer der wichtigsten freiwilligen Hilfsorganisationen des Landes unter die Arme zu greifen. Sowohl die nötige bundeseinheitlichen Regelung zur Dienstfreistellung als auch die Mehrwertsteuer-Befreiung von Feuerwehr-Investitionen werden vom Innenminister und Finanzminister nicht umgesetzt! Im Burgenland wurde das Feuerwehr-Budget auf einem Höchststand von 2,5 Millionen Euro angehoben und es gibt bereits seit Jahren ein attraktives Modell zur Dienstfreistellung von Landes- und Gemeindebediensteten, die bei Feuerwehren aktiv sind. Es geht also, wenn man will!“

Trummer abschließend Richtung ÖVP-Minister: „Nur reden und nichts tun, wird die Sicherheit nicht erhöhen!“